

Reinhold Hedtke

Wirtschaft in die Schule?!

Ökonomische Bildung als politisches Projekt

„Wirtschaft in die Schule!“ genannt „Ökonomische Bildung“ ist ein dezidiert politisches Projekt. Seit einem Jahrzehnt führen Wirtschaftsverbände sowie konservative Stiftungen und Initiativen eine Kampagne für die Verankerung ökonomischer Bildung an allgemein bildenden Schulen. Die Forderungen laufen im Kern auf ein eigenständiges Schulfach Wirtschaft hinaus. Zu den Hauptakteuren gehören Ludwig-Ehrhard-Stiftung, Konrad-Adenauer-Stiftung, Bertelsmann-Stiftung, Stiftung der deutschen Wirtschaft, Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, Bundesverband der deutschen Industrie, Bundesverband deutscher Banken, Deutsches Aktieninstitut und, last but not least, das Oldenburger Institut für ökonomische Bildung (IÖB). Früher waren auch andere gesellschaftliche Gruppierungen beteiligt, etwa der DGB und Lehrer- sowie Elternverbände.

„Ökonomische Bildung“ als politische Bildung

Diese „ökonomische Bildung“ ist politische Parallelbildung und politische Universalbildung. Der paradigmatische Kern des Projekts dieser „ökonomischen Bildung“ sind die Ökonomik und ihre ökonomische Handlungstheorie (Rational Choice-Theorie), die universal *alles* menschliche Handeln erklären will, nicht nur in der Wirtschaft, sondern gerade auch in Politik und Gesellschaft, Kultur und Geschichte. Ökonomik ist „Erklärung und Gestaltung der sozialen Welt“ (Homann/Suchanek). Als politische Parallelbildung behandelt diese „ökonomische Bildung“ Kernthemen der politischen Bildung, um mittels ökonomischer Analysemethoden überlegene Empfehlungen für die Politik zu geben. Zu den Themenfeldern gehören etwa Staats- und Demokratietheorie, Gesellschafts-, Rechts- und Wirtschaftsordnung, Sozial- und Rechtsstaat, Europa und Globalisierung oder Wirtschafts- und Sozialpolitik. Zurzeit beschränkt die Kampagne den Geltungsanspruch der Ökonomik meist noch auf den Realitätsbereich Wirtschaft; diese künstliche Einschränkung wird entfallen, sobald das Ziel eines eigenen Schulfaches flächendeckend erreicht ist.

Nichts spricht dagegen, dass Lernende sich eine dominant volkswirtschaftliche Perspektive aneignen, wenn sie komplementär auch andere Denkansätze über Wirtschaft und Politik erlernen. Selbstverständlich sollen sie den wichtigen Denkansatz der Ökonomik kennen und anwenden, auch und gerade *jenseits* des Bereichs der Wirtschaft. Ebenso selbstverständlich sollen sie umgekehrt politische, gesellschaftliche und kulturelle Denkschemata auf den Kernbereich der Wirtschaft anwenden. Doch diese Multiperspektivität fehlt in den Konzepten der Kampagne; das fördert – faktisch oder intendiert – ökonomischen Imperialismus und Denkverbote.

Wirtschaft in die Schule? Sie ist schon dort!

Das politische Projekt dieser „ökonomische Bildung“ ist erfolgreich. Die von Anfang an strategisch durchgeplante Kampagne war und ist bestens mit finanziellen, personellen, organisatorischen und politischen Ressourcen ausgestattet. Die hinter ihr stehende ökonomische und politische Macht und der direkte Zugang zur Politik

garantieren dieser „ökonomischen Bildung“ einen Wettbewerbsvorteil. Zur wohl wichtigsten, üppig gesponserten und kampagnenfähigen Steuerzentrale hat Hans Kaminski das Oldenburger IÖB ausgebaut; es liefert die fachdidaktischen Argumente und Materialien, die der Kampagne nützen.

Inzwischen ist die Republik von einem dichten Netz materiell potenter und professionell auftretender Organisationen überzogen, die auf unterschiedlichste Weise unternehmernahe, mainstreamfixierte „ökonomische Bildung“ in die Schulen bringen. So überrascht es nicht, dass die Bedeutung von ökonomischer Bildung „an sich“ in der Öffentlichkeit inzwischen anerkannt ist. Mittels des IÖB dominiert das Netzwerk die ökonomische Lehreraus-, -fort- und -weiterbildung in vielen Bundesländern („Ökonomische Bildung Online“). In unterschiedlichsten Koalitionen präsentiert man zum Verwechseln ähnlich geschriebene Kerncurricula und Bildungskonzeptionen, die zunehmend auch in Lehrplänen umgesetzt werden.

In einer Reihe von Bundesländern konnten – trotz Schulzeitverkürzung – eine Umverteilung von Studentafelanteilen durchgesetzt und neue Fächer wie Politik/Wirtschaft etabliert werden. Andere Bildungsanliegen, die neu in der Schule verankert werden möchten, haben der geballten Macht von „Wirtschaft in die Schule“ wenig bis nichts entgegenzusetzen. Auch deshalb ist die Kampagne ihrem Endziel, ein eigenes Fach Wirtschaft von Klasse 5 bis 12 und garantierter Stundenanteile in den Klassen 1-4, ein gutes Stück näher gekommen. Es geht um den exklusiven Zugriff der Wirtschaftswissenschaften auf ein Fünftel der gesamten Schulzeit.

Darüber hinaus kontrollieren die im Netzwerk verbundenen Interessenverbände und Stiftungen bereits jetzt das Angebot frei verfügbarer, kostenloser Unterrichtsmaterialien und steuern damit indirekt wesentliche Inhalte des ökonomischen Lernens in öffentlichen Schulen. Einige Beispiele: Die Materialien der Sparkassen durchdringen seit Jahrzehnten alle Klassenzimmer. Konrad-Adenauer- und Ludwig-Erhard-Stiftung fördern Material zur sozialen Marktwirtschaft, das eindeutig den Standpunkt der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) präferiert, die Bertelsmann-Stiftung finanziert eine Unterrichtsreihe zum Urheberrecht – ein Schelm, der Böses dabei denkt. Sponsert der Bankenverband die Entwicklung eines Curriculums, belohnen ihn die Autoren mit der Privilegierung affirmativer finanzieller Allgemeinbildung. „Schul-Bank“ vom Bankenverband bietet viel Informationsmaterial für Lehrer Schüler – und verliert kein Wort über die Finanzkrise oder gar die bankeigene Anlageberatung, die Ratsuchende systematisch zugunsten des Bankprofits berät. Die INSM stellt Schülern der 8.-10. Klasse die Frage, „Warum freuen sich andere Länder über unsere hohe Abgabenlast?“, ähnlich suggestiv heißt die ganze Unterrichtsreihe „Schlanker Staat: Braucht der Staat mehr Geld?“.

Schulen werden von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden nicht nur mit Material überflutet. „Die Wirtschaft“, genauer: das Unternehmertum, erfreut sich auch eines privilegierten direkten Zugangs zu öffentlichen Schulen: Partnerschaften, Praktika, Projekte, Expertengespräche, Bewerbungstraining, Sponsoring, neuerdings auch Werbung, sind nur einige Beispiele für „Wirtschaft in der Schule“, organisatorisch unterstützt von Kammern, Wirt-

schaftsverbänden und Arbeitskreisen Schule / Wirtschaft. Mit Ausnahme der christlichen Kirchen können alle anderen gesellschaftlichen Gruppen von einer so massiven Präsenz in Schulen nur träumen.

„Ökonomische Bildung“ als weltanschauliche Bildung

Diese Kampagne macht ökonomische Bildung zur weltanschaulichen Bildung. Damit steht sie in scharfem Gegensatz zu den wissenschaftlich seriösen Konzepten der Wirtschaftsdidaktik. Die Kampagne soll den hegemonialen politischen Diskurs, der in Politik und Medien vom ökonomistisch-liberalistischen Denken geprägt ist, in die Köpfe der Schülerinnen und Schüler tragen. Was die allgegenwärtigen Chefvolkswirte genannten Chefideologen von Großbanken und unternehmernahen Forschungsinstituten in den Massenmedien seit Jahren gebetsmühlenartig wiederholen, soll auch in den Schulen wirksam werden. Denn trotz aller Rechtfertigungsmühen hat dieser Diskurs im letzten Jahrzehnt insoweit an Überzeugungskraft verloren, als kapitalistisch-marktwirtschaftliche Systeme für Phänomene wie z.B. Globalisierung, Reallohnverlust, Arbeitslosigkeit, Erwerbsarmut, Kinderarmut, Sozialabbau, Privatisierung, Rationalisierung, Arbeitsintensivierung, Beschäftigungsunsicherheit, Abstiegsangst, Arbeitsplatzvernichtung, Produktionsverlagerung, Steuerprivilegien, Managergier, Renditeexzesse, Korruption, usw. verantwortlich gemacht werden.

Die Kampagne „Wirtschaft in die Schule“ motiviert sich wesentlich daraus, der Legitimationskrise von Marktwirtschaft und Kapitalismus entgegenzutreten, indem man Kinder und Jugendliche zum Glauben an die grundsätzliche Überlegenheit von kapitalistischer Gesinnung, Privatunternehmen, Markt, und Wettbewerb erzieht. Deshalb steht die orthodoxe mainstream economics im Zentrum, ergänzt um außerwissenschaftliche Ziele wie ein positives Unternehmerbild oder Rückbau des Sozialstaats; wirtschaftswissenschaftliche Alternativen und andere Sozialwissenschaften bleiben weitgehend ausgeblendet.

Diese Bildungsstrategie will eine wirtschaftsliberale Grundeinstellung zu Staat und Politik verbreiten und den Primat der Wirtschaft gegenüber der Politik begründen. Insofern ist diese „ökonomische Bildung“ volkswirtschaftliche *Mission*. Deshalb soll es auch keinerlei Abweichungen geben, man zielt auf ein bundesweites Einheitskonzept, weil „die Grundrechenarten der Ökonomie“ unabhängig von irgendwelchen Kontexten überall gleich gelten. Ökonomische Einheitsbildung statt Wettbewerb der Bildungskonzepte – ein merkwürdiger Gegensatz zu den hoch gehaltenen Prinzipien der Marktwirtschaft.

Der Etikettenschwindel mit der „ökonomischen Bildung“

Die Bezeichnung „ökonomische Bildung“ für diese Kampagne ist irreführend. Es gilt als Binsenweisheit, dass man heute spezifisches Wissen braucht, sei es als Konsumentin, Arbeitnehmerin, Anlegerin oder Wirtschaftsbürgerin, um die moderne (Wirtschafts-)Welt zu verstehen und in ihr zu handeln. Aber die politische Kampagne für ein Fach Wirtschaft an allgemein bildenden Schulen verbirgt mit dem Markenzeichen „ökonomische Bildung“ – das sie der seriösen, wissenschaftlich argumentierenden Wirtschaftsdidaktik entwendet hat – geschickt, worum es ihr wirklich geht. Ignoriert man die Präambel-Lyrik und konzentriert sich auf den Kern der

obligatorischen Kompetenzen und Lerninhalte, dann findet man in dieser „ökonomischen Bildung“ fast nur wirtschaftswissenschaftliches Wissen. Die jüngst von Hans Kaminski und anderen für den Bundesverband Deutscher Banken geschriebene „Konzeption für die ökonomische Bildung als Allgemeinbildung von der Primarstufe bis zur Sekundarstufe II“ belegt das exemplarisch, sowohl im schulischen Curriculum als auch im Studienprogramm für angehende Lehrerinnen.

Für diese politische Kampagne fungiert „ökonomische Bildung“ als trojanisches Pferd. Anders, als oft vermutet, enthält sie keine handlungsorientierte Verbraucher- oder Arbeitnehmerbildung. Das ist wenigstens offen und ehrlich. Denn sowohl Volkswirtschaftslehre als auch Betriebswirtschaftslehre bieten kein individuell handlungsrelevantes Wissen für Konsumenten, Arbeitnehmer oder private Anleger. Im Gegenteil, sie nehmen entweder eine von realen individuellen Handlungen ausdrücklich abstrahierende Systemperspektive ein, um letztlich Empfehlungen an wirtschaftspolitische Entscheidungsträger zu geben (VWL). Oder sie möchten unternehmerischen Entscheidungsträgern, etwa den Marketing- und Personalleitungen, Handlungsempfehlungen und Instrumente bereitstellen, u.a. damit sie Konsumenten und Arbeitnehmer im Unternehmensinteresse beeinflussen können (BWL).

Wenn sich also überhaupt Handlungswissen für Konsumentinnen und Arbeitnehmerinnen aus VWL und BWL gewinnen lässt, dann in mühsamer fachdidaktischer Umfunktionierung *gegen* die expliziten Erkenntnisinteressen dieser Disziplinen. Andere Bezugsdisziplinen wären hier viel hilfreicher, für die Perspektive des Privathaushalts etwa die interdisziplinäre Haushaltswissenschaft oder Konsumforschung. Ohne basales kulturwissenschaftliches und neuerdings neurowissenschaftliches Wissen können Lernende auch nicht ansatzweise ihr eigenes Verhalten, ihre persönlichen Handlungsmöglichkeiten, die auf sie einwirkenden Anbieterstrategien sowie die Funktionsweise der modernen Konsumwelten verstehen. Aber nichts davon kommt in den Kampagnenkonzepten vor.

Wissenschaftsgetriebene Bildung fern von der Lebenswirklichkeit der Lernenden

Diese Art von „ökonomischer Bildung“ will in Wirklichkeit nichts als wirtschaftswissenschaftliche Bildung sein und allein den wirtschaftswissenschaftlichen Blick auf die (Wirtschafts-)Welt vermitteln. Ökonomisches Wissen aus anderen sozialwissenschaftlichen Disziplinen fehlt. Auch wenn „wirtschaftswissenschaftliche Bildung“ oder „Volkswirtschaftslehre für alle“ nicht ganz so überzeugend klingt wie „ökonomische Bildung“, sie wäre legitim und einer gründlichen fachdidaktischen und politischen Debatte wert. Denn keineswegs steht a priori fest, dass wirtschaftswissenschaftliche Bildung pauschal abzulehnen, politik- oder sozialwissenschaftliche dagegen generell zu begrüßen ist.

Aus dem bisher Gesagten folgt auch: *Das politische Projekt dieser „ökonomische Bildung“ ist szientistisch und interessiert sich nicht wirklich für die Lernenden und ihre Lebenswirklichkeit.* Vielmehr denkt man Bildung, Curriculum und Lernen vom schulisch umsetzbaren Teil des Kernbestands der Wirtschaftswissenschaften her. Lernende sieht die Kampagne als defizitäre Wesen, denen gerade das wirtschaftswissenschaftliche Wissen fehle, das für ihre allge-

meine ökonomische Bildung und ihre realen Handlungserfolge im Wirtschaftsleben relevant sei. Dieser Reduktionismus schadet der wissenschaftlich seriösen Wirtschaftsdidaktik, die sich der Weiterentwicklung einer fachdidaktisch solide begründeten ökonomischen Bildung widmet, sowie der allgemeinen Reputation ökonomischer Bildung.

Dafür, dass dies Wissen wirklich fehlt, fehlt aber (bisher) jeglicher empirische Beleg: Es gibt keine einzige Untersuchung, die belastbar nachweist, welche realen Folgen schulisches ökonomisches Fachwissen für die Orientierung in der Welt der Wirtschaft, für den individuellen Erfolg wirtschaftlichen Handelns oder für die persönliche Beurteilung politischer Entscheidungen hat. Stattdessen werden diese Relevanzen nur proklamiert, hergeleitet oder suggeriert. Ein Beispiel: „Deutsche Schüler lernen nicht, Unternehmer zu werden“ findet die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft durch eine Schulbuchanalyse heraus. Was ist damit gesagt? Wäre die deutsche Industrie noch mehr „Exportweltmeister“ als bisher, wenn die Schulbücher zum Unternehmer erzögen?

Was kostet ein Mehr an ökonomischer Bildung?

„Wirtschaft in die Schule“ interessiert sich auch nicht für die Realität der übervollen Studentafeln und Stoffpläne in den Schulen. Sollte das Knappheitsprinzip universal auch für die ökonomische Bildung gelten, muss man sagen können, welchem Fach oder welchen Fächern man dieses Fünfzehntel wegnehmen will (Religion? Sport? Politik? Geschichte? Musik?). Man muss die schlichte ökonomische Einsicht „nichts ist umsonst“ auch hier anwenden: Welche Bildungsverluste kostet ein Mehr an ökonomischer Bildung. Mit dem ökonomischen Opportunitätskostenprinzip muss man prüfen: Welche alternativen Fächer könnte man statt Wirtschaftslehre einführen? Wäre der Nutzen von mehr ökonomischer – für die Kampagne heißt das: mehr wirtschaftswissenschaftlicher Bildung – im Vergleich wirklich am größten und deshalb lohnend? Man könnte ja beispielsweise je eine Stunde mehr Deutsch und Mathematik erteilen. Als neue Fächer böten sich hauswirtschaftliche, technische, ökologische, gesundheitliche, interkulturelle, rechtliche oder philosophische Bildung von Klasse 1-12 an; auch hier handelt es sich zweifelsfrei um höchst relevante Allgemeinbildung.

Dass es den Kampagneuren dank Definitionsmacht und Ressourcen, Lobbyarbeit und Hartnäckigkeit und dank ihres direkten Zugangs zur Politik gelungen ist, schulfachpolitisch exklusiv „Wirtschaft in die Schule!“ auf die bildungspolitische Agenda zu setzen, reicht als Begründung für die Vorzugswürdigkeit einer ökonomischen Bildung gegenüber alternativen Bildungen nicht aus. Ob und wie „Wirtschaft in die Schule“ kommen soll, kann man nur im Rahmen eines Gesamtkonzepts von Allgemeinbildung diskutieren und entscheiden. Noch so viele Argumente für mehr wirtschaftliche Bildung reichen nicht.

Aber das Erfolgsrezept der Netzwerker liegt darin, dass die entscheidende erziehungswissenschaftliche und bildungspolitische Frage nicht gestellt wird: Was kann man mit einem Fünfzehntel der Schulzeit sinnvoll anfangen, wenn man die ökonomische Bildung nicht ausdehnt? Die Debatte über die Opportunitätskosten von „Mehr Wirtschaft in die Schulen!“ muss endlich offen geführt werden.

Verspernte Lernchancen

In diesem Kontext ist auch zu diskutieren, ob ein Konzept angemessen ist, das den Lernenden, insbesondere der Primarstufe und der Sekundarstufe I, systematisch Lernchancen vorenthält. Erstens können Lernende in dieser Art von „ökonomischer Bildung“ nicht die Kompetenzen erwerben, die sie brauchen, um sich zu selbst bestimmten, reflektierten, kritischen und handlungswirksamen Konsumentinnen, Arbeitnehmerinnen, Anlegerinnen und Wirtschaftsbürgerinnen zu entwickeln, weil ihnen außer viel Volkswirtschaftslehre, ein bisschen Betriebswirtschaftslehre und sporadischem Praxiskontakt nichts geboten wird.

Zweitens werden sie in dieser Konzeption von „ökonomischer Bildung“ vor allem mit kognitiven Konzepten aus dem Mainstream der Volkswirtschaftslehre und Legitimationsfiguren für die kapitalistische Marktwirtschaft versorgt, während ihnen alternative wirtschaftswissenschaftliche und sozialwissenschaftliche Zugänge zur ökonomischen (sowie gesellschaftlichen und politischen) Realität verschlossen bleiben. Eindimensional ökonomistisches Denken ist das erwartbare Resultat. Auch dies steht im Kontrast zur seriösen wissenschaftlichen Wirtschaftsdidaktik.

Drittens sieht diese Art „ökonomischer Bildung“ keinen einzigen systematischen Anschlusspunkt für andere Fächer und andere Wissensbestände vor, der den Lernenden hilft, Gesellschaft, Wirtschaft und Politik *im Zusammenhang* zu verstehen. Dieser Zusammenhang wird auf die spezielle Perspektive der volkswirtschaftlichen Denkrichtung der Ökonomik eingeschränkt und mit deren universalem Erklärungsanspruch verbunden. Das ist ökonomistischer Reduktionismus pur. Er steht im denkbar größten Gegensatz zum aufgeklärten Leitbild einer sozialwissenschaftlich gebildeten Persönlichkeit. Vermutlich sehen die Kampagnenführer aber gerade darin den wesentlichen Vorteil ihres Konzepts.